

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Jährenbrach, Düsseldorf, Florstra. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Arden, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— Fr.

Nummer 37

Düsseldorf, den 17. September 1932

Verbandort Krefeld

## Wechsel auf die Zukunft

M. Die wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Reichsregierung in ihrer neuen Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft vorgesehen hat, gehen ohne Zweifel von einer grundsätzlich richtigen Erkenntnis und Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge aus. Sollen die Anläufe zur Ueberwindung der Krise, die sich allgemein in den letzten Wochen bemerkbar gemacht haben, zu einem wirklichen Wiederanstieg der allgemeinen Konjunktur führen, dann ist das nicht erreichbar durch eine Beschränkung staatlicher Maßnahmen auf Arbeitsbeschaffung und Vermehrung öffentlicher Aufträge und Notstandsarbeiten usw. Es kann nur gelingen durch eine starke Anregung auf die Privatwirtschaft selbst, aus eigener Initiative und unter Ausnutzung gebotener Wirtschaftserleichterungen den toten Punkt des Konjunkturtiefstandes zu überwinden und so zu einer gesunden wirtschaftlichen Belebung aus der Wirtschaft selber heraus zu kommen. Ein solches Unternehmen, so großzügig und grundsätzlich gedanklich richtig es sein mag, birgt natürlich dennoch ein außerordentlich starkes Erfolgswisiko in sich. Niemand kann, so unbedingt man solchen Maßnahmen zustimmen muß, voraussagen, ob ihr Ergebnis wirklich zu dem gewünschten Ziele führen wird oder ob nicht früher oder später einzelne Rückschläge diesen Erfolg verkleinern oder das ganze Unternehmen aufs Spiel setzen. Das Gesamtwerk, mit dem die Reichsregierung diesen großen Ankerbelungsversuch der Wirtschaft unternimmt, ist so ein Wechsel auf die Zukunft.

Aber nicht allein in seinen Gesamtelangen ist dieses Werk notwendigerweise starken Erfolgswisiken ausgesetzt; zweifelhaft in seinem Erfolg wird es um so mehr, als seine Einzelmaßnahmen selbst zweifelhaft sind und keineswegs insgesamt dieser grundsätzlich richtigen Zielsetzung einer Wirtschaftsbelebung entsprechen.

Selbst wenn man die Bedenken hinsichtlich der erforderten Zahlungsmittelumschüttung durch die Kreditbeschaffung vermittels Steuerrückvergütungen gutsehen im Vertrauen auf die Währungskontrolle der Reichsbank zurückstellt, bleibt die Frage noch immer offen, ob die zu begebenden Steuergutscheine tatsächlich als Kreditunterlage für eine erhöhte Produktionsstätigkeit benutzt und damit eine wirkliche Belebung der Wirtschaftstätigkeit zur Folge haben werden. Nur dann nämlich hat diese Steuerrückvergütung an Industrie und Gewerbe einen praktischen Zweck. Im anderen Falle bleibt sie lediglich ein Steuergeschenk auf Kosten des Staates, der kaum in der Lage sein würde, beim Mißlingen dieses Experimentes einen solchen Steuerausfall ohne katastrophale Folgen zu ertragen. Das Gleiche gilt praktisch auch für die Steuergutscheingewährung à Conto der Wiedereinstellung von Arbeitslosen, durch welche jene reine Steuerrückvergütung ergänzt wird.

Dabei entbehrt es für die Arbeitnehmererschaft eines bitteren Beigeschmacks nicht, wiederum die Feststellung machen zu müssen, daß die gleiche öffentliche Hand, die der Industrie und dem Gewerbe und der sogenannten Wirtschaft weitgehendste Steuergeschenke macht, in derselben Zeit den Arbeitnehmern durch die Verlängerung der Bürgersteuer neuerliche steuerliche Belastungen auferlegt. Die Erhöhung der Freigrenze und Ermäßigung der reinen Bürgersteuerfüße ändert an dieser neuen steuerlichen Ungerechtigkeit nichts.

Die Zweifel am Erfolg der Regierungsmaßnahmen müssen um so mehr bestärkt werden, als diese Maßnahmen offenbar rein binnenwirtschaftlich betrachtet sind. Das wird bestätigt durch die neu verfügbaren Kontingentierungsmaßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft, die der grundsätzlich richtigen Gesamttendenz des Wirtschaftsprogramms geradezu entgegenlaufen. Die Umstellung unserer Agrarpolitik auf eine Kontingentierungswirtschaft muß sich doppelt nachteilig auswirken: sie muß zum einen außenpolitisch zu außerordentlich starken weiteren Schädigungen der deutschen Industrie und Exportwirtschaft führen, und zum anderen eine weitere erhebliche Steigerung der Lebenshaltungskosten zur Folge haben. Die aufzunehmenden Verhandlungen über die Umstellung der Handelsverträge auf Kontingentierungsabkommen werden sehr bald dafür die Bestätigung bringen. Eine weitere Berringerung der Absatzmöglichkeiten der deutschen Industrie auf den maßgebenden Auslandsmärkten und entsprechende Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten werden die Folge sein. Damit aber wird gerade der deutschen Industrie die so notwendige Ausdehnungsmöglichkeit wiederum erschwert. Daß auf der anderen Seite die notwendigerweise eintretende Belastung der Lebenshaltung der breiten Volksschichten einer wirtschaftlichen Belebung und Verbrauchssteigerung nicht dienlich ist, bedarf keiner Begründung. So fordert dieser agrarpolitische Teil des Notverordnungsprogramms stärkste Kritik und grundsätzliche Ablehnung heraus.

Das Gleiche gilt von den sozial- und lohnpolitischen Bestimmungen, die das neue Programm enthält. Gerade angesichts dieser verstärkten binnenwirtschaftlichen Abschließung, auf die das Notverordnungsg-

## Experimente zur Wirtschaftsbelebung

Fch. Die Saisonbelegung der Sommermonate brachte keine größere Entlastung des Arbeitsmarktes. Die Arbeitsämter zählten im Juli noch 5,5 Millionen Arbeitslose. Dazu kommen noch 1,5 bis 2 Millionen von den Arbeitsämtern nicht erfaßt. Wenn die Arbeitslosigkeit in den kommenden Herbst- und Wintermonaten im Verhältnis der letzten Jahre steigt, dürfte die Höchstzahl im Januar-Februar 1933 auf etwa 8 Millionen steigen. Rund ein Drittel aller Erwerbstätigen wäre alsdann aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Ein statistisch nicht genau erfaßter, aber recht großer Teil der Beschäftigten arbeitet verkürzt. In der Textilindustrie sind etwa 50 Prozent der noch Beschäftigten Kurzarbeiter. Das Einkommen der Beschäftigten ist durch rigorose Lohnsenkungen wie durch nur teilweise Beschäftigung stark geschwächt und gestatet im allgemeinen nur eine sehr dürftige Lebenshaltung. Trotzdem müssen im kommenden Winter je zwei Beschäftigte einen Arbeitslosen mit dessen Angehörigen mit unterhalten, denn die zwei Drittel der dann voraussichtlich noch arbeitenden haben durch Steuern und Sozialbeiträge die Mittel aufzubringen für den Unterhalt des dritten Drittels.

Steigerung der Arbeitslosigkeit und Einkommensschwächung der noch Beschäftigten müssen zum entsprechenden Absinken des Einkommens an Steuern und Sozialbeiträgen, zur noch stärkeren Schrumpfung der Kaufkraft und damit des Absatzes auf dem Innenmarkt, mithin zur weiteren Verschärfung der Krise führen.

Dazu kommt der rapide Rückgang der Ausfuhr. Nachstehende Aufstellung zeigt, wie selbst gegenüber dem sehr ungünstigen Jahre 1931 in allen Monaten des laufenden Jahres die Ausfuhr katastrophal weiter abgesunken ist. Ebenso der Ausfuhrüberschuß.

	Ausfuhr		Ausfuhrüberschuß	
	in Millionen RM. 1931	1932	1931	1932
Januar	775	542	60	103
Februar	778	538	158	97
März	867	527	273	163
April	818	481	139	54
Mai	783	447	184	96
Juni	747	454	140	90
Juli	827	432	265	66
Zusammen	5595	3421	1219	663
Monatsdurchschnitt	799	477	175	95

Der Abwärtsrückgang bringt nicht nur eine Steigerung der Arbeitslosigkeit in den für den Auslandsmarkt arbeitenden Berufen. Er wirkt sich auch nach anderer Richtung hin gefahrdrohend aus. Je mehr der Ausfuhrüberschuß zurückgeht, umso geringer ist die Einnahme an Devisen. Wenn auch zur Zeit keine Reparationszahlungen erfolgen, so haben wir doch noch große Auslandsverpflich-

ten. Das, was die Regierung von Papen bisher an sozialpolitischen Maßnahmen durchgeführt hat, beweist jedenfalls das Gegenteil. Die Arbeiterschaft muß das um so bitterer empfinden, als gleichzeitig das Regierungsprogramm wiederum in weitgehendstem Maße für andere Wirtschaftskreise neue Subventionierungen vorsieht. Die Subventionierung ist die Gewährung von 50 Millionen Rentenmark für sogenannte gefährdete Grenzgebiete „zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens“, Subventionierung sind in weitgehendem Maße die bewilligten 50 Millionen Rentenmark für den Hausbesitz (Umbau, Reparaturen, Wohnungsteilung), Subventionierung ist die Umsatzsteuerbefreiung für den Milchzwischenhandel, und Subventionierung sind endlich die bewilligten 45 Millionen Mark Kreditgarantie und Zinszuschüsse für Kreditgenossenschaften usw. Subventionierung in Form von Krediten ist auch die Bewilligung von 40 Millionen Mark an die Bank für deutsche Industrieobligationen zur Hilfe für das Kleingewerbe und die Steuerbefreiung der deutschen Rentenbankkreditanstalt. Es ist für die Arbeiterschaft nur ein schwacher Trost, wenn mit diesen neuen Subventionierungen Maßnahmen angekündigt werden, durch die die Gehaltspolitik und Ausgabenwirtschaft dieser Betriebe und Institute einer stärkeren staatlichen Kontrolle unterstellt werden sollen.

Wir wiederholen: für die Arbeitnehmererschaft bedeutet die neue Notverordnung einen erneuten Akt härtester sozialer Ungerechtigkeit und wirtschaftlicher Belastung, die für sie untragbar ist. Die Reichsregierung darf sich nicht verwundern, wenn darum die Arbeiterschaft in geschlossenem Widerstand gegen diese Maßnahmen stehen wird. Insgesamt gesehen aber zeigen diese Maßnahmen trotz grundsätzlich richtiger Zielsetzung eine Anzahl von wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fehlgriffen, die den Gesamterfolg des Unternehmens von vornherein aufs Spiel setzen. Das Notverordnungswerk zur Belebung der Wirtschaft ist so ein Wechsel auf die Zukunft, dessen Einlösung man bezweifeln muß.

tungen. Die gesamte Verschuldung der öffentlichen und privaten Wirtschaft wird zur Zeit auf rund 90 Milliarden RM. geschätzt, die Zinsenlast auf 6,2 Milliarden RM. im Jahr. Von dieser Zinsenlast entfallen 1,2 Milliarden RM. auf die Verzinsung der Auslandskredite. Der Ausfuhrüberschuß dürfte in diesem Jahre deshalb nicht einmal reichen zur Aufbringung dieser Zinsen. Trotz weiteren Einschrumpfens des Ausfuhrüberschusses müssen wir jedoch auch in Zukunft insbesondere industrielle Rohstoffe und manche andere Erzeugnisse aus dem Auslande einführen, wenn nicht ganze Wirtschaftszweige vollständig absterben sollen. Die Einfuhr ist aber mit Gold und Devisen zu zahlen. Gold- und Devisenbestand der Reichsbank haben jedoch eine solche starke Schrumpfung erfahren, daß insbesondere der Goldbestand bald erschöpft ist. Betrug doch der Goldverlust in den ersten sechs Monaten d. J. allein 2-Millionen RM. Wie wollen wir diesen Gefahren begegnen bei weiterem Absinken der Ausfuhr?

Keine Regierung kann einer solchen katastrophalen Entwicklung tatenlos zusehen. Die vorrangigste aller Aufgaben ist Schaffung weiterer Beschäftigungsmöglichkeiten. Mit großem Frac, wie es bei der Kavallerie früher üblich war, hat die Regierung Schleier von Papen eine Anzahl von Maßnahmen notverordnung, die angeblich dem Ziele der Wirtschaftsbelebung dienen sollen. Wenn man die letzten Verfügungen jedoch näher studiert, sieht man, daß die Regierung dem Volke nicht ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm beschert hat, sondern ein rohes, sozialreaktionäres Lohnabbauprogramm und ein sehr problematisches Steuererleichterungsprogramm. Sehen wir uns die Steuer- und Kreditmaßnahmen etwas näher an. Zunächst sollen durch Ausgabe von Steuergutscheinen neue Kreditmöglichkeiten geschaffen werden. Bei in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer entrichtet, erhält für 40 Prozent der gezahlten Steuersumme Gutscheine. Außerdem erhalten Unternehmer, die in der oben angegebenen Zeit im Durchschnitt eines Vierteljahres mehr Arbeitnehmer beschäftigen als im Durchschnitt Juni, Juli und August 1932, einen Steuernachschuß in Form von Steuergutscheinen. Diese Beschäftigungsprämie beträgt für jeden Mehrbeschäftigten im Vierteljahr 100,- Reichsmark, also für das Geltungsjahr 400,- RM. Der Prämienfuß von 400,- RM. wird ohne Rücksicht darauf gezahlt, ob etwa ein 14jähriges Mädchen mit 12 Pfg. Stundenlohn oder ein hochqualifizierter Facharbeiter mit 1,- RM. Stundenlohn beschäftigt wird. Eine ganz sinnige Maßnahme.

Wit diesen Steuergutscheinen kann der Unternehmer in den Jahren 1934 bis 1938 Reichssteuern — mit Ausnahme der Einkommen- und Körperschaftsteuern — zahlen, jedoch in jedem Jahr nur in Höhe von 20 Prozent

ben finden. Das, was die Regierung von Papen bisher an sozialpolitischen Maßnahmen durchgeführt hat, beweist jedenfalls das Gegenteil.

Die Arbeiterschaft muß das um so bitterer empfinden, als gleichzeitig das Regierungsprogramm wiederum in weitgehendstem Maße für andere Wirtschaftskreise neue Subventionierungen vorsieht. Die Subventionierung ist die Gewährung von 50 Millionen Rentenmark für sogenannte gefährdete Grenzgebiete „zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens“, Subventionierung sind in weitgehendem Maße die bewilligten 50 Millionen Rentenmark für den Hausbesitz (Umbau, Reparaturen, Wohnungsteilung), Subventionierung ist die Umsatzsteuerbefreiung für den Milchzwischenhandel, und Subventionierung sind endlich die bewilligten 45 Millionen Mark Kreditgarantie und Zinszuschüsse für Kreditgenossenschaften usw. Subventionierung in Form von Krediten ist auch die Bewilligung von 40 Millionen Mark an die Bank für deutsche Industrieobligationen zur Hilfe für das Kleingewerbe und die Steuerbefreiung der deutschen Rentenbankkreditanstalt. Es ist für die Arbeiterschaft nur ein schwacher Trost, wenn mit diesen neuen Subventionierungen Maßnahmen angekündigt werden, durch die die Gehaltspolitik und Ausgabenwirtschaft dieser Betriebe und Institute einer stärkeren staatlichen Kontrolle unterstellt werden sollen.

Wir wiederholen: für die Arbeitnehmererschaft bedeutet die neue Notverordnung einen erneuten Akt härtester sozialer Ungerechtigkeit und wirtschaftlicher Belastung, die für sie untragbar ist. Die Reichsregierung darf sich nicht verwundern, wenn darum die Arbeiterschaft in geschlossenem Widerstand gegen diese Maßnahmen stehen wird.

Insgesamt gesehen aber zeigen diese Maßnahmen trotz grundsätzlich richtiger Zielsetzung eine Anzahl von wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fehlgriffen, die den Gesamterfolg des Unternehmens von vornherein aufs Spiel setzen. Das Notverordnungswerk zur Belebung der Wirtschaft ist so ein Wechsel auf die Zukunft, dessen Einlösung man bezweifeln muß.

der insgesamt erhaltenen Gutscheine. Beispiel: An Um-  
satz-, Gewerbe- und Grundsteuer sind insgesamt von  
einem Unternehmer von Oktober 1932 bis September  
1933 5000,— RM. gezahlt, er erhält er für 40 Prozent  
dieser Summe 2000,— RM. Gutscheine. Von diesen Schei-  
nen kann er in jedem der fünf Jahre 1934—1938 400 RM.  
zugänglich der Zinsen bei der Entrichtung von Reichs-  
steuern in Zahlung geben. Da die Gutscheine gehandelt  
werden, kann sie jeder Besitzer entsprechend bei der  
Steuerzahlung verwerten.

Bis zu dieser Verwertung kann sie der Besitzer helie-  
big nach den gegebenen Möglichkeiten verwenden. Er  
kann sie in den Tresor legen und den Betrag als Aktiva-  
posten zur Verbesserung seiner Bilanz aufzuführen, was un-  
streitig insbesondere von manchen Gesellschaften prakti-  
ziert werden dürfte. Er kann sie als weitere Sicherheit  
bereits vorhandener Kredite bei Banken hinterlegen. Auch  
darauf werden die Banken bei vielen Kreditnehmern be-  
stehen. In beiden Fällen dient die Verwendung nicht  
einer Erweit. ung der Kredite und damit der erstrebten  
Wirtschaftsbelebung. Will sie der Besitzer jedoch ver-  
kaufen oder beileihen lassen, so ist zunächst entscheidend der  
Kurs, zu dem die Gutscheine an der Börse gehandelt  
werden und der Hundertsatz, zu dem die Beleihung er-  
folgt. Nimmt man einen Kurs von 80 Prozent an und  
einen Beleihungssatz von 75 Prozent des Kurswertes, so  
würde der Kreditnehmer für nominal 1000,— RM. Gut-  
scheine 600,— RM. Kredit erhalten.

In der Regierungserklärung wird der Gesamtbetrag  
der Steuergutscheine für geschuldete Steuern — ein-  
schließlich Beförderungsteuer — auf rund 1,5 Milliarde  
Reichsmark geschätzt. Die Kreditvermehrung würde nach  
vorstehender Berechnung — 80 Prozent Kurswert und  
75 Prozent Beleihungssatz — rund 900 Millionen  
Reichsmark betragen. Sie schon bemerkt, werden je-  
doch bei weitem nicht alle Steuergutscheine zur Auf-  
nahme neuer Kredite Verwendung finden können. Eben-  
so ist es fraglich, ob der Kurswert sowie der Beleihungssatz  
die angenommene Höhe erreichen werden. Somit bleibt  
ein verhältnismäßig geringer Betrag für die Kreditver-  
mehrung, wenn man bedenkt, daß die Gesamtverschuldung  
der privaten und öffentlichen Wirtschaft rund 90 Milliar-  
den RM. beträgt, wovon mehr als zwei Drittel auf die  
private Wirtschaft einschließlich Hausbesitz entfallen.

Für die Beförderungsteuer, die fast ausschließlich auf  
die Reichsbahn entfällt, werden Steuergutscheine in voller  
Höhe des Steuerbeitrages ausgegeben. Ihr Nominalwert  
ist mit 170 Millionen RM. in der Regierungserklärung  
angegeben. Dieser Betrag ist in vorstehender Berechnung  
mit berücksichtigt.

Jahresweit Steuergutscheine für die Mehrbeschäfti-  
gung von Arbeitnehmern zur Ausgabe gelangen, läßt sich  
nicht schätzen. Insgesamt sind dafür 700 Millionen  
Reichsmark vorgezogen.

Betrachtet man diese steuerpolitischen Maßnahmen nä-  
her, so handelt es sich zunächst bei den Steuergutscheinen um  
ein Geschenk an die Unternehmer auf Kos-  
ten der Allgemeinheit, insbesondere der Arbeit-  
nehmer. Was aber wird, wenn die erhoffte Wirtschafts-  
belebung nicht eintritt? Wie will man den Ausgleich in  
den Etats der Jahre 1934—1938 schaffen, da man mit den  
Steuergutscheinen weder Beamte beibehalten noch sonstige  
Zahlungen leisten kann? Sie sind dann Makulatur.  
Wird sie das Reich überhaup. einlösen können? Wir wi-  
ßen ja nicht einmal, wie es um die Etats des laufenden  
Rechnungsjahres in Reich, Ländern und Gemeinden be-  
stellt ist. Wir sehen nur ein stetes Abinken der Einnah-  
men und wachsende Defizits. Wird man nicht geneigt  
und auch seitens der Reichsregierung gewillt sein, die  
Schraube bei den die Verbraucherlasten und die Arbeit-  
nehmer einseitig belastenden Steuern noch weiter anzu-  
ziehen? (Die unsoziale Bürgersteuer wird durch die Not-  
verordnung weiter erhoben.) Das sind alles unge-  
klärte Fragen, die wir aber an die Reichsregierung  
richten müssen.

Nicht allein in Form der Steuergutscheine gewährt  
die Regierung einseitig Geschenke und Hilfe. Indem sie  
die deutsche Rentenbankkreditanstalt von  
der Steuerzahlung befreit, schenkt sie der  
Landwirtschaft erneut erhebliche Millionenbeträge, denn  
diese Steuerbefreiung hat rückwirkende Geltung bis zum  
Jahre 1925, so daß die Anstalt auch von der Steuerzah-  
lung befreit ist. Für Darlehen an Ge-  
nossenschaften kann der Reichsfinanzminister  
Garantien bis zur Höhe von 45 Millionen RM. übernehmen  
und Zinszuschüsse von 3,4 Millionen RM. leisten. Ferner  
zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsbetriebes in den  
Grenzgebieten 50 Millionen RM. Die Bank für Indu-  
striobligationen soll 40 Millionen RM. an Reichsdarleh-  
nensschulden erhalten zur Fortfinanzierung für in den Rech-  
nungsjahren 1933 und 1934 zu gewährenden Kredite. 50  
Millionen RM. werden an Reichskredit für Zuzua-  
setzung von Wohnungen zur Verfügung gestellt.  
Der Zuschlag für Steuerrückstände wird von 36 Prozent  
auf 24 Prozent pro Jahr gesenkt. Der Handel mit pasteu-  
risierter Milch wird von der Umsatzsteuer befreit. Dage-  
gen wird die Bürgersteuer, die nur bis zum Juni 1932 zu  
zahlen war, nicht nur für Oktober bis Dezember dieses  
Jahres, sondern auch für 1933 weiter erhoben. Will man  
diese ganzen Maßnahmen richtig würdigen, so muß be-  
rücksichtigt werden, daß vom Reich bis zum 1. April 1932  
bereits 800 Millionen RM. an Darlehen und 1564 Mil-  
lionen RM. Garantien gewährt wurden.

Diese Hilfe ist vor allem auch der Landwirt-  
schaft zugute gekommen. Trotzdem bezieht sich  
der Reichslandbund der Reichsregierung seine Enttäus-  
chung über die Notverordnung vom 4. September aus-  
gesprochen, und die „Grüne Front“ fordert kategorisch  
weitgehendste Beschränkung der Einfuhr durch Aufstel-  
lung von Kontingenten für alle landwirtschaftlichen Er-  
zeugnisse. Wir befürchten, daß die Reichsregierung trotz  
aller Warnungen seitens der Industrie, des Handels und  
der Arbeitnehmerschaft den Forderungen der Landwirt-  
schaft weitgehend nachkommt. Die bereits verordneten  
sowie die noch in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen  
werden dann anstatt der erstrebten Wirt-  
schaftsbelebung einen weiteren Rück-  
schlag bringen. Bisher haben die Arbeitnehmerländer  
für deutsche industrielle Erzeugnisse fast alle schon mehr

oder minder scharfe Gegenmaßnahmen gegen  
die deutsche Exporterrung getroffen. Sie werden  
ohne Zweifel die Einfuhr deutscher Erzeugnisse nach ihren  
Ländern weitgehendst abdroffeln, wenn die Regierung den  
Autarkiebestrebungen der Landwirtschaft noch weiter  
nachgibt. Reichshauptpräsident Dr. Luther verglich ein-  
mal sehr treffend Deutschland mit einem Bauernhof. Zwei  
Familienmitglieder des Bauernhofes haben in der nahe-  
gelegenen Stadt Arbeit und Verdienst. Aus ihrem Ar-  
beitseinkommen leisten sie einen entsprechenden Zuschuß  
zum Lebensunterhalt der Hofbewohner. Werden sie jedoch  
arbeitslos, so fällt der Zuschuß fort und muß die Lebens-  
haltung aller Hofbewohner entsprechend zurückgehen. Wie  
dieser Bauernhof auf die Einkünfte der beiden in der  
Stadt beschäftigten Familienmitglieder angewiesen ist, so  
ist Deutschland auf die Beschäftigung für die Ausfuhr an-

gemiesen. Wird diese unterbunden, so wird gleichzeitig  
der Binnenmarkt und damit auch die deutsche Landwirt-  
schaft weiter geschwächt.  
Die widerspruchsvollen Experimente der Reichsregie-  
rung sind sehr gefährlich und höchst unsozial,  
trotz aller schönen Worte, mit denen man sie dem Volke  
schmachhaft zu machen sucht. Sie sind nicht nur ohne Mit-  
wirkung, ja ohne vorherige Anhörung der Arbeiterver-  
treter zustande gekommen, das Kabinett Schleicher  
von Papen hat auch den Reichstag, die Vertretung  
des deutschen Volkes, vollständig  
ausgeschaltet. Wir lehnen deshalb nicht  
nur die Maßnahmen dieser Regierung ab,  
wir bekämpfen mit aller Leidenschaft das  
System der wirtschaftsfeindlichen und so-  
zialreaktionären Diktatur.

## Auflockerung des Tarifrechts!?

### Unmögliche Pläne der Reichsregierung zur neuen Notverordnung

Was die Unternehmer seit Jahren gefordert haben,  
was wir insbesondere seit Übernahme der Macht durch  
die jetzige Regierung stärkstens befürchtet haben, ist durch  
Notverordnung vom 4. September Tatsache geworden.  
Diese Notverordnung steht neben anderem einen neuen  
Eingriff in das Tarifrecht und die Lohngestaltung vor, die  
angesichts der in den letzten Jahren bereits vorgenomme-  
nen Lohnsenkungen geradezu als ungeheuerlich be-  
zeichnet werden muß. Die Regierung will die „Startheit  
der Tarifverträge“ beseitigen und durch eine „Auflocke-  
rung“ derselben eine Belebung der Wirtschaft und eine  
Wohlfühlstellung von Arbeitern erreichen. Die Notverord-  
nung sieht hierfür zwei Wege vor. Um einen Anreiz  
für die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern zu geben,  
soll den Arbeitgebern gestattet werden, bei Wohlfühl-  
stellungen den festgesetzten Tariflohn zu unterschreiten, und  
zwar bei einer Mehrbeschäftigung von:

mindestens 5 v. H.	10% Lohnermäßigung
10 "	20% "
15 "	30% "
20 "	40% "
25 "	50% "

Allerdings dürfen die Löhne nicht für die ganzen Ar-  
beitsstunden, sondern nur für die 31.—40. Stunde um den  
genannten Prozentsatz gekürzt werden. Durch diese letzte  
Maßnahme will die Regierung eine Verkürzung der Ar-  
beitszeit bis 40 Stunden pro Woche erreichen und an-  
dererseits verhindern, daß die Arbeitszeit nicht unter 30  
Stunden pro Woche herabgedrückt wird.

Eine weitere Bestimmung gibt die Möglichkeit, daß  
besonders notleidende Betriebe die Tariflöhne unterschrei-  
ten dürfen, und zwar bis zu 20 Prozent. Die Entschei-  
dung hierüber trifft der Schlichter auf Antrag des Arbeit-  
gebers oder einer Vertragspartei des Tarifvertrages.

Diese Notverordnung, die ein Geschenk an die  
Arbeitgeber bedeutet, muß sich auf die Arbeiterschaft,  
besonders in der Textilindustrie, geradezu katastro-  
phal auswirken. In den letzten Jahren sind mit Rück-  
sicht auf die Notlage der Industrie bereits bedeutende  
Lohnsenkungen erfolgt. So sind die Löhne in der Kre-  
feld der Seidenindustrie um 23,3 Prozent bis 24,3  
Prozent, in M. Gladbach/Hegdt und Bieren  
um 20,7 Prozent bis 22,7 Prozent, im rechtsrhei-  
nischen Bezirk durchschnittlich um 22 Prozent, im  
Münsterland um 19,5 Prozent, in Schlesien um  
20 Prozent gesenkt worden. In Ostschlesien, West-  
schlesien, wo ebenfalls ganz bedeutende Lohnherabset-  
zungen bereits erfolgt sind, sind die Tariflöhne gekün-  
digt und fordern die Arbeitgeber erneut weitere erhebliche  
Kürzungen der an sich schon unzureichenden Löhne. In  
Württemberg und in Baden, wo z. B. Lohnsätze nicht be-  
stehen, kürzen die Arbeitgeber die kargen Lohnsätze  
weiter.

Schon jetzt reichen die Löhne bei weitem nicht mehr,  
um ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können. So  
erhalten die männlichen Hilfsarbeiter der  
höchsten tariflichen Altersklasse im  
Oberbergischen Bezirk . . . . . 50 Pfg. pro Stunde  
Münsterland . . . . . 52,5 " " "  
In Baden . . . . . 32 " " "  
- der Krefelder Seidenindustrie . . . . . 50,5 " " "  
- den Baumwollwebereien in  
Westschlesien . . . . . 49,1 " " "  
- Ostschlesien . . . . . 43,3 " " "  
Die weiblichen Hilfsarbeiter der höchsten Altersklasse  
liegen noch entsprechend niedriger:  
Im Oberbergischen Bezirk . . . . . 38 Pfg. pro Stunde  
Münsterland . . . . . 42,5 " " "  
In Baden . . . . . 32,5 " " "  
- der Krefelder Seidenindustrie . . . . . 42,8 " " "  
- den Baumwollwebereien in  
Westschlesien . . . . . 32,2 " " "  
- den Baumwollwebereien in  
Ostschlesien . . . . . 35,5 " " "

Aber nicht nur allein die Hilfsarbeiter, sondern auch  
die Facharbeiterlöhne sind schon heute unzureichend. So  
erhält der qualifizierte, gelehrte Jacquardweber in der  
Krefelder Seidenindustrie einen tariflichen Akkordlohn  
von 53,1 Pfg., der Buchbinder in M. Gladbach von  
59,5 Pfg., der Facharbeiter, also Weber, Säger, Schlich-  
ter usw., im Münsterland von 60 Pfg., der Weber an vier  
Stühlen in Westschlesien 59,8 Pfg., in Ostschlesien derselbe  
63,4 Pfg., der Baumwollweber in Baden 57 Pfg. und der  
Seidenstoffweber daselbst 53 Pfg. Wenn nun nach dem  
Willen der Reichsregierung die Arbeitszeit allgemein auf  
40 Stunden herabgesetzt und außerdem die vorgezogene  
Lohnsenkung erfolgt, dann ergeben sich Löhne, mit  
denen beim besten Willen ein menschen-  
würdiges Dasein nicht mehr gefristet we-  
den kann.

Ein Hilfsarbeiter in Ostschlesien, der bisher 43,3 Pfg.  
pro Stunde hatte, verdient dann in 40 Stunden 17,32 Pfg.

Wenn nun in einem Betriebe die Belegschaft um ein  
Viertel vermehrt wird, würde der Lohn für diesen Arbeiter  
um 2,06 M. gekürzt werden, so daß diese Arbeiter  
noch 15,26 M. zum Leben haben. Von diesem Betrag gehen  
noch die sozialen Beiträge und die Steuern ab, so daß höch-  
stens 13,50 M. ausbezahlt werden. Rechnen wir nun für  
Miete, Beleuchtung, Heizung nur 6,— M. pro Woche, dann  
werden diesem Vollarbeiter pro Woche 7,50 M. zum Le-  
ben übrig bleiben. Es wird wohl das Geheimnis der  
Regierung bleiben, wie mit solchen Sätzen eine Arbeiter-  
familie leben kann.

Bei einer Hilfsarbeiterin in Westschlesien würde sich  
das Beispiel nach krasser auswirken. Diese erhält 32,2  
Pfennig pro Stunde, verdient also in 40 Stunden 12,88  
Mark. Würde hier die Belegschaft um 25 Prozent ver-  
mehrt, so würde diese eine Lohnkürzung von 1,61 Pfg.  
haben und nunmehr einen Lohn von 11,27 M. erhalten.  
Was hier nach Abzug der Sozialbeiträge und Steuern übrig  
bleibt zum Leben, ist kläglich gering. Bemerkte werden  
muß zudem noch, daß die jüngeren Altersklassen entspre-  
chend weniger verdienen.

Ebenso bedenklich ist die vorgesehene Tarifunter-  
schreitung für besonders gefährdete Betriebe. Hier ergibt sich  
sogar die Frage, wer denn darüber entscheiden soll, ob  
der Betrieb notleidend und ob der Betrieb es verdient,  
auf Kosten der völligen Verehrdung der Arbeit-  
nehmer saniert zu werden. Wer heute mit Tarifver-  
handlungen zu tun hat, weiß, wie schon immer versucht  
wird, die wirkliche Lage der Betriebe zu verdunkeln. An-  
dererseits liegt aber die große Gefahr vor, daß, wenn ein-  
zelnen Betrieben derartige Ermäßigungen gewährt wer-  
den, bei den Konkurrenzbetrieben der Appetit auf solche  
Lohnsenkungen wächst. Es ist zu befürchten, daß dieses  
Experiment sich zu einer weiteren allgemeinen Lohnsen-  
kung auswirken wird.

Die Schlichter, die diese Lohnsenkung durchführen  
sollen, übernehmen damit eine große Verantwortung,  
und es ist nur zu wünschen, daß sie von der ihnen über-  
tragenen Vollmacht möglichst wenig Gebrauch machen.  
Die Arbeiterschaft muß jede Verantwortung für die lohnpolitischen Experimente  
der jetzigen Regierung ablehnen und diese  
Maßnahmen auf das allerstärkste bekämp-  
fen. Sie muß insbesondere die Durchführung dieser  
neuen Maßnahmen auf das schärfste überwachen und je-  
den Fall, in dem von der Ermächtigung Gebrauch gemacht  
wird, den zuständigen Verbandsinstanzen melden. An-  
dererseits muß sie aber daran arbeiten, daß durch eine  
Stärkung der Gewerkschaften die Voraus-  
setzung geschaffen wird, daß das jetzt an ihr begangene  
Unrecht sobald als möglich wieder verschwindet. J. B.

Hier von Papen ruft auf:



auf die Tariflöhne!

Textilarbeiter, auf zur Abwehr!  
Stärkt und sichert Eure Organisation. Der  
Verband ist Euer letzter Halt und Schutz gegen  
Arbeiterfeindschaft und Reaktion.

### Belebung der Wirtschaft durch Notverordnung!

Die neue Notverordnung der Reichsregierung trägt die Ueberschrift "Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft". Wie die Regierung selbst erklärt, ist sie der Ansicht, daß Deutschland die längste Strecke auf dem Wege dieser Weltwirtschaftskrise durchgemessen hat und nunmehr der Weg zur neuen Konjunktur abzweigt. Diese Ansicht stützt die Regierung auf die Vorgänge an den internationalen Börsen und auf einzelnen Warenmärkten. Sie will darum durch großzügigste öffentliche Auftragserteilung in der Form der Arbeitsbeschaffung den notwendigen Rück zur Ueberwindung der Krise und zum Vorstoß in die Konjunktur geben und gleichzeitig durch zahlreiche andere Maßnahmen eine Erleichterung der Unternehmertätigkeit und eine Steigerung der Initiative der einzelnen noch freien Unternehmer erreichen. Als der Reichskanzler dem Reichspräsidenten von Hindenburg die Pläne der Reichsregierung vortrug, hielt es der Reichspräsident für notwendig, dem Reichskanzler ganz besonders aufzutragen, ja bei allen Maßnahmen darauf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft gesichert bleibe und der soziale Gedanke auch in der Zukunft gewahrt werde. Diese Mahnung des Reichspräsidenten ist nicht befolgt worden. Zwar haben sich noch in der letzten Stunde die christlichen Gewerkschaften zum Sprachrohr der Gefühle der gesamten Arbeitnehmerschaft gemacht, indem sie ein Telegramm an den Reichspräsidenten als Hüter der Lebensrechte der deutschen Arbeitnehmerschaft richteten. Aber die Reichsregierung hat es vorgezogen, ihm eine Notverordnung zur Unterschrift vorzulegen, die allerhöchste Angriffe auf diese Lebensrechte der Arbeitnehmerschaft vorieht.

Es sind dies nicht so sehr manche Bedingungen, die an die Gewährung von Steuererleichterungen für die Mehreinstellung von Arbeitnehmern geknüpft sind. Aber selbst in diesem Punkt hat die Regierung den dringenden Vorstellungen der Unternehmerschaft nachgegeben und den Stichtag immer mehr zurückgesetzt. Während zuerst noch vorgesehen war, daß als Stichtag für diese Gewährung von Steuererleichterungen, und zwar in einem Jahresbetrag von 400 RM., der 1. Oktober 1931 gelten sollte, ist nunmehr die Regierung dazu übergegangen, den Stichtag teilweise auf den 15. August 1932 und zum anderen auf den Monatsdurchschnitt der Monate Mai, Juni und Juli zu legen. Dadurch werden alle Betriebe, die in unsozialer Art und Weise die Arbeitslosenversicherung und die öffentliche Wohlfahrt durch die rückwärtslose Entlassung ihrer Belegschaften einer schweren Belastung ausgesetzt haben, bevorzugt gegenüber denjenigen Betrieben, die in echter sozialer Weise ihre Arbeitnehmer nach Möglichkeit auch über die Belastungen in der Krise hinwegzubringen versuchten. Wenn man bedenkt, daß seit dem Oktober 1931 aus den sogenannten Konjunkturbetrieben im Monatsdurchschnitt 115 000 Arbeitnehmer zur Entlassung gekommen sind, dann zeigt diese Veränderung des Stichtages, wie sehr die Regierung durch eine solche Maßnahme all die ernsthaften Chancen aufgegeben hat, die zu einer großzügigen Einstellung der Arbeitslosen hätten führen können. Der Zwang zur Einstellung, der in der Herauschiebung des Stichtages für die Gewährung der Steuererleichterungen auf einen möglichst weiten Zeitraum gelegen hat, ist von der Regierung aufgegeben worden. Darum wird der Erfolg dieser Maßnahmen nicht den Wünschen entsprechen, die die gesamte Arbeitnehmerschaft hat, deren oberster Wunsch ist, die arbeitslosen Kameraden wieder in den Betrieben zu sehen. Diese Tendenz wird noch verstärkt durch die einzelnen Bestimmungen über die Inanspruchnahme dieser Reichseinstellungsunterstützung.

Neben der Reichseinstellungsprämie in der Form der Steuererleichterung soll die privatwirtschaftliche Initiative des einzelnen Unternehmers noch durch die Möglichkeit der Lohnkürzung seiner Belegschaft und der neu einzustellenden angeregt werden. Schon lange verfolgt die Regierung die Absicht, eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung durchzuführen. Aber alle Versuche, durch freiwillige Vereinbarungen einen Erfolg hierbei zu erzielen, scheiterten an den Widerständen und an der Uneinigkeit der Unternehmerschaft. Darum versucht nun die Regierung, ihre Absicht durch die Form der Lohnkürzung zu verwirklichen. Bei Neueinstellung kann ein Unternehmer die Löhne in der Form kürzen, daß er bis zur 30. Stunde den Tariflohn bezahlt, aber zwischen der 31. und 40. Stunde, je nach dem Umfang der erfolgten Neueinstellungen, auch die Löhne der Gesamtbelegschaft kürzen kann. Gehürzt kann nur der Stundenlohn für die 31. bis 40. Stunde werden, so daß also eine Gesamtlohnkürzung von 12,5 v. H. möglich ist. Für jede Stunde über die 40. Stunde hinaus muß wiederum der volle Tariflohn gezahlt werden. Die Sicherungen, welche die Regierung gegen Mißbrauch einzuschalten versucht hat, können aber nicht genügen. Und da gleichzeitig eine Stüchelung der Reichseinstellungsprämie bis herunter zu 100 RM. für ein Vierteljahr erfolgt, wird durch diese Ausnahme der Zweck des ganzen Vorhabens, mehr Arbeitnehmer wieder in die Betriebe hereinzubringen, nicht erfüllt.

Darüber hinaus soll den besonders notleidenden Betrieben ebenfalls die Möglichkeit der Tarifunterbrechung gegeben werden. Das Reichsarbeitsministerium wird die Schlichter anweisen, bei den ablaufenden Tarifverträgen darauf zu achten, daß im Falle der Erneuerung eine stärkere Elastizität des einzelnen Tarifvertrages durch eine bessere sachliche und räumliche Gliederung erfolgt. Die Arbeiterschaft weiß aus Erfahrung, daß hinter diesen Forderungen nach größerer Elastizität der Tarife nichts anderes als ein allgemeines Lohnabbaustreben steht.

Aber nicht nur auf den eigentlichen Tarifvertrag und das Schlichtungsverfahren erstreckt sich das Kapitel über die sozialen Maßnahmen dieser neuen Notverordnung, sondern es enthält auch zahlreiche Ermächtigungsvorschriften für den Reichsarbeitsminister. Nach diesen Vorschriften ist es dem Reichsarbeitsminister auf dem Wege der Ermächtigung möglich, jedes sozialpolitische und arbeitsrechtliche Gesetz zu ändern, ohne daß er vorher irgendwelche Gruppen der Arbeitgeberchaft und Ar-

## Neue reaktionäre Pläne

Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren bis zum Uebermaß erfahren, was es bedeutet, die Folgen eines verlorenen Krieges auf sich zu nehmen. Diese Kriegsfolgen im Verein mit der Weltwirtschaftskrise haben die Lebensbasis unseres Volkes so beengt, daß große Volksteile buchstäblich dem Elend überantwortet sind. Bedarfe für diese Behauptung noch des Beweises? Man lese die letzten Nummern unserer Verbandszeitung, um inne zu werden, wie groß gerade in Kreisen unserer Textilarbeiterfamilien Not und Elend geworden sind. Gemessen an diesem Elend sind die Nöte vieler Volksgenossen, die zwar im Jammern und Stöhnen sich nicht genug tun können, noch gering zu nennen. Sieht man tief hinein in das Leid vieler Arbeiterfamilien, so offenbart sich dem Beschauer ein stilles Selbentum. Trotz niedrigster Einkünfte fast überall das ängstliche Streben, nach außen hin die trostlosen Verhältnisse nicht in Erscheinung treten zu lassen. Ordnung herrscht trotz allem Elend. Für die Arbeiterfrauen ein glänzendes Zeugniss.

Die Not der unteren Volksschichten ist bis ins Uferlose gestiegen. Ihr Lebensraum unnatürlich beengt. Und doch drohen neue, schwere Eingriffe in das Recht und die Existenzgrundlagen der Arbeitnehmerschaft. Die neuen Pläne der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung sind zwar noch reichlich unklar, aber trotzdem ist aus ihnen schwer zu erkennen, daß die Arbeitsbeschaffung durchgeführt werden soll auf Kosten der noch in Arbeit stehenden Menschen. Die Tarifverträge sollen elastischer gestaltet werden. Das heißt in gutes Deutsch übersetzt: Die Löhne sollen weiter abgebaut werden. Dabei ist vorgesehen, daß die Grenze des Existenzminimums nicht unterschritten wird. Wie das praktisch gehandhabt werden soll und wie man das Existenzminimum errechnen will, ist noch nicht klar. Uns dünkt, daß in einer ganzen Reihe von Tarifverträgen unserer Industrie die Löhne bereits an die Grenze des Existenzminimums angelangt sind. Soll hier trotzdem weiter abgebaut werden?

Nach den Verlautbarungen der Regierung muß unbedingt mit weiteren Abbau aller Lohnsätze gerechnet werden. Voraussetzung für die Berechtigung der Unterschreitung des Tariflohnes ist nur, daß der Arbeitgeber neue Arbeiter einstellt. In je stärkerem Maße diese Neueinstellung erfolgt, um so höher darf die prozentuale Kürzung des Lohnes sein. Außerdem soll der Arbeitgeber für jeden neu eingestellten Arbeiter eine Prämie von 400,- Reichsmark erhalten. Diese Prämie wird dem Arbeitgeber in Form von Schuldverschreibungen des Reiches, die für künftige Steuerpflichtigkeiten in Zahlung genommen werden, zur Verfügung gestellt.

Eine weitere gefährliche Durchbrechung des Tarifrechts liegt darin begründet, daß geplant ist, in all den Fällen, wo die Existenz des Betriebes bedroht ist, die Möglichkeit zur Unterschreitung des Tariflohnes zu geben. Der Nachweis der bedrohten Existenz des Betriebes soll vor dem Schlichter geführt werden. Es wird zweifellos „geschäftstüchtigen“ Firmen nicht schwer werden, diesen Nachweis zu führen. Die Praxis der Stilllegungsverhandlungen hat zur Genüge bewiesen, was auf diesem Gebiete alles möglich ist.

Arbeitnehmerschaft zu fragen hat, und ohne daß er einer öffentlichen Kontrolle durch das Parlament oder die Selbstverwaltungsorgane unterliegt. Zwar wurde bei der Uebergabe der Notverordnung an die Presse ausdrücklich betont, daß von diesen Vorschriften nur im engsten Einvernehmen mit den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Gebrauch gemacht werden soll. Solche Ankündigungen haben aber die Arbeitnehmer allzu oft gehört, und ebenso oft mußten sie erfahren, daß „technische Umstände“ ihre Mitwirkung verhinderten, während diese „technischen Umstände“ für die Mitwirkung der Arbeitgeberorganisationen nicht gegeben waren.

Während der Ausarbeitung dieser Notverordnung hat sowohl der Reichskanzler, wie auch andere Minister führende Vertreter der Unternehmerschaft empfangen, aber ein Empfang der Führer der Gewerkschaften hat nicht stattgefunden. Darum ist die Befürchtung der Gewerkschaften nur zu berechtigt, daß entgegen der sozialen Grundhaltung des Reichspräsidenten und entgegen seiner Mahnung der soziale Gedanke in der Praxis dieser Notverordnungsvollmachten für das Arbeitsministerium ebenso verloren geht, wie es bei den bisherigen Maßnahmen der jetzigen Reichsregierung der Fall war.

### Textilarbeiterschaft gegen weiteren Lohnabbau

Man kann dem Reichspräsidenten Herrn von Hindenburg nur Dank wissen, daß er die Reichsregierung nach vor wenigen Tagen erneut darauf hingewiesen hat, daß sie bei ihren Notverordnungsvollmachten den sozialen Gedanken wahren und die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft sichern soll. Der Reichspräsident hat mit dieser Mahnung einer ersten Sorge Ausdruck gegeben, die auch von der gesamten Arbeiterschaft geteilt wurde und längst vor der Veröffentlichung der neuen Notverordnung wiederholt deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist. Aus den verschiedensten Teilen Deutschlands haben die Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Kartelle der christlichen Gewerkschaften und die maßgebenden Instanzen der einzelnen Berufsverbände wiederholt an die Reichsregierung appelliert und darauf hingewiesen, daß ein weiterer sozial- und lohnpolitischer Abbau für die Arbeiterschaft untragbar ist. So richtet sich vor Erscheinen der Notverordnung auch die Bezirksleitung Westfalens für unseren Verband an die Reichsregierung folgendes Telegramm:

Reichskanzler von Papen, Berlin, Reichskanzlei.

„Textilarbeiter Westfalens begrüßen jedes Aufbauprogramm, das Arbeiterschaft ermöglicht, durch Arbeitsverdienst Familien menschenwürdig unterhalten zu

Dieser geplante Eingriff in das Tarifrecht der deutschen Arbeitnehmer bedeutet eine ganz einseitige Maßnahme gegen die Arbeiter. Die Wirtschaft, so sagt man, soll von den starren Fesseln befreit werden. Dabei sind die meisten Lohnsätze sehr stark auf die Bedürfnisse der einzelnen Industrien zugeschnitten, so daß Elastizität und Beweglichkeit im Uebermaß vorhanden sind. Die wirklichen starren Fesseln, die der deutschen Wirtschaft anhaften in Form von Kartellen, Trusts und Syndikaten, in Form von einseitigen Zolltarifen und unverständlicher Subventionierung bankrotter Betriebe, die sieht man nicht und läßt ihre wirtschaftshemmenden Auswirkungen weiter bestehen. Lediglich auf jener Linie, wo man den geringsten Widerstand wähnt, setzt man ein, nämlich bei den Arbeitnehmern. Sehr leicht könnte durch die geplanten Maßnahmen das Gegenteil von dem erreicht werden, was man vorgibt, erreichen zu wollen. Wenn man nämlich durch allzu geringe Bewertung der Arbeit jegliches Interesse an ihr ertötet, so kann das zur Förderung der Wirtschaft niemals beitragen. Menschen, die in ihrer Lebensweise auf die unterste Grenze des Existenzminimums gesetzt werden, sind nicht geeignet, den Wirtschaftsorganismus ankurbeln zu helfen.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, diese neuen Zumutungen und Angriffe auf ihr Lebensrecht entsetzt den zurück zu weisen. Sie hat in den letzten Jahren wiederholt den Beweis dafür erbracht, daß sie durchaus bereit ist, in den Grenzen des Möglichen notwendige Opfer im Interesse der Volksgesamtheit zu tragen. Diese Grenzen des Möglichen und Tragbaren sind aber nach all den Eingriffen, die in letzten Jahren dieses Lebensrecht einengen, längst überschritten. Auch die Regierung wird im Interesse des Volkswohls nicht umhin können, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Weitere Belastungen sind für die Arbeitnehmer einfach unerträglich.

Die Zerrissenheit und Zersplitterung im Lager der deutschen Arbeitnehmerschaft bieten allen reaktionären Kreisen günstige Angriffsflächen. In dem Maße, wie diese Zerrissenheit wächst, steigert sich auch die Angriffslust der Gegner. Solange die Arbeiterschaft auf das Wort radikaler Schreier schwört und so ihre eigene Zersplitterung fördert, können diese reaktionären Angriffe nicht unterbunden werden. Der stärkste Dammbau gegen alle reaktionären Bestrebungen waren von jeher starke Gewerkschaften. Ohne sie besteht keine Möglichkeit, das Unheil von der Arbeiterschaft abzuwenden. In einer Zeit, als die Arbeitnehmer entsetzt und entrechtet nach einem Ausweg aus ihrer furchterlichen Lage suchten, wurden sie gegründet. Der Aufstieg des Arbeiterstandes aus Not und Elend ist nur ihnen zu danken. So wird es auch in der Gegenwart nur einer starken Gewerkschaftsbewegung gelingen, den furchtbaren, lähmenden Druck von der deutschen Arbeiterschaft wegzunehmen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß die Arbeiter selbst ihrer Gewerkschaft durch immer engeren Zusammenschluß die Möglichkeit zu entschiedenem Handeln geben. Darum ist auch heute noch der Ausbau der Gewerkschaften ein dringendes Erfordernis.

können. Nach angekündigtem Aufbauprogramm steht weitere Verschlechterung der Lebenshaltung noch beschäftigter Arbeiter bevor. Textilarbeiter heute nur noch 60 Pfg. Stundenlohn, somit Kollarbeiters einschließlich Soziallohn für vier Kinder etwa 25,- M. netto Wochenlohn. Hilfsarbeiter 15 Prozent weniger Lohn; Kurzarbeiter darüber hinaus 20 bis 50 Prozent Lohnminderung. Für Wohnung vielfach Wochenmiete 5,- bis 7,- M. Deshalb bedeutet jede weitere Lohnminderung auch bei Beschäftigten größere Not. Textilarbeiterchaft Westfalens bittet Herrn Reichskanzler dringend, solche Verordnung nicht zu erlassen.“

Der Bezirk Rheinland sandte ebenfalls an die Reichsregierung folgende Eingabe zu Händen des Reichskanzlers:

„Die durch Sie, Herr Reichskanzler, angekündigte Auflockerung der Tarifverträge hat in der Textilarbeiterschaft stärkste Befürzung ausgelöst. Der tarifliche Lohnabbau und der noch weitgehendere Akkordlohnabbau sowie die in der Textilindustrie stark vorherrschende Kurzarbeit hat in weiten Textilarbeiterkreisen einen unerträglichen Notstand herbeigeführt. Die Textilarbeiternotlage verpflichtet uns, mit aller Eindringlichkeit darauf zu verweisen, daß die in den letzten 1 1/2 Jahren vorgenommenen Lohnsenkungen zu Tariflöhnen geführt haben, die ein menschenwürdiges Dasein nicht mehr gewährleisten.“

Für die Textilarbeiterschaft ist eine weitere Senkung der Löhne untragbar, zumal fast die Hälfte unserer Verbandsmitglieder in Kurzarbeit beschäftigt ist. Der Herr Reichspräsident hat Sie, Herr Reichskanzler, ersucht, bei der Ausarbeitung der wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen insbesondere darauf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe.

Wenn dieses Ersuchen des Herrn Reichspräsidenten Wirklichkeit werden soll, müssen die beschleunigten Tariflockerungsmaßnahmen unterbleiben und dürfen weitere Lohnsenkungen nicht eintreten.“

Die inzwischen verfügte Notverordnung zeigt, daß die Reichsregierung, wie zu befürchten war, diesen berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft nicht Rechnung getragen hat. Immer mehr zeigt sich in der Politik der Regierung von Papen jene unsoziale Linie, die in den letzten Maßnahmen wiederum zum Ausdruck kommt. Während die Interessen anderer Stände weitgehendste Berücksichtigung finden, wird über die Interessen der Arbeiterschaft hinweggegangen. Die Arbeiterschaft sollte daran erkennen, wie wenig sie heute noch auf irgend welche Regierungsmaßnahmen vertrauen kann und wie notwendig sie um so mehr die Gewerkschaften als einzige Vertretung ihrer Interessen braucht.

# Frei Volk - Frei!

In diesen Tagen, wo dem deutschen Volke eine neue Verordnung zur „Behebung der Wirtschaft“ durch die Reichsregierung von Papen übergeben wird, ist es notwendig, auf den Kampf der christlichen Arbeiterschaft ganz besonders hinzuweisen. Die Verordnung ist ein ungeheures Geschenk der Reichsregierung an die Industrie und die Landwirtschaft, das in Form von Steuererleichterungen und Lohnminderungen in Höhe von rund 2,4 Milliarden M. geseift wird.

In der amtlichen Erläuterung berechnet die Regierung dieses Geschenk selbst wie folgt:

1. An Umsatzsteuern . . . 600 Millionen M.
2. An Gewerbesteuern . . . 240 Millionen M.
3. An Grundsteuern . . . 512 Millionen M.
4. An Abföhrungssteuern . . . 170 Millionen M.

Insgesamt 1522 Millionen M.

Zu diesen Steuererleichterungen tritt dann weiter eine Beschäftigungsprämie, für die das Reich den Betrag von 700 Millionen M. bereitstellt. Und dieses Geschenk wird der Industrie und der Landwirtschaft angeboten, um, wie die Reichsregierung betont, „die Privatwirtschaft zu verpflichten, alles zu tun, um den Erzeugungsapparat zunächst für die zu erwartenden Aufgaben in Stand zu setzen“.

In einer weiteren Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung nunmehr auch die schon längst angestrebte Tarifauflöserung herbeigeführt. Durch diese Verordnung wird der Arbeitgeber ermächtigt, wenn er die Zahl seiner Arbeitnehmer vermehrt, die Tariflöhne verhältnismäßig zu mindern. Sie ermächtigt außerdem den Schlichter, für Betriebe, die besonders gefährdet sind, den Tariflohn innerhalb eines festgesetzten Spielraums zu ermäßigen.

Betriebsvertretungen und Schlichtungsausschüsse, die etwa als Kontrollinstanzen in den Betrieben über die Maßnahmen der Arbeitgeber wachen könnten, werden ausgeschlossen.

Macht der Arbeitgeber von der Möglichkeit Gebrauch, die Belegschaftszahl gegenüber ihrem Stand am 15. August oder gegenüber dem Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 zu erhöhen, so gibt die Verordnung ihm das Recht, eine Ermäßigung der tariflichen Lohnsätze vorzunehmen, ohne daß hierzu eine Kündigung des Arbeitsvertrages erforderlich wäre. Der Arbeitgeber hat dies der Belegschaft durch Aushang im Betriebe bekanntzugeben und darf dann ohne weiteres von dem Beginn der nächsten Lohnwoche an, für Angestellte vom Beginn der nächsten Monatshälfte an, die Lohn- oder Gehaltsermäßigung eintreten lassen. Wenn die Reichsregierung darauf hinweist, daß der Arbeitnehmer von dem bisherigen Gesamtlohn höchstens 12% v. S. einbüßen kann, dann ist das für die Arbeiterschaft wirklich ein schlechter Trost. Liegen doch die einzelnen Einkommen so tief, daß Ermäßigungen überhaupt kaum noch zu ertragen sind.

An dieser zweiten Notverordnung der Regierung von Papen sollte die christliche Arbeiterschaft nun wirklich lernen, wie notwendig eine geschlossene Abwehrorganisation gegen Reaktion und Umsturz ist. Die christliche Arbeiterschaft hat hierzu ihre Volksfrontbewegung geschaffen. Die Aufgaben der Volksfront sind mit den letzten Reichstagswahlen nicht erledigt. Ihr erwachsen gerade jetzt im Hinblick auf die letzte Notverordnung neue große Aufgaben. Es gilt, die Arbeiter-

schaft machzurütteln und sie reif zu machen zum Kampf um die Wiederherstellung der Arbeiterrechte, ohne daß sie dabei den verheerenden Wirkungen des Kommunismus verfällt. Heute dürften auch den Kollegen die Augen aufgehen, die bisher der Volksfront gegenüber „Gewehr bei Fuß“ gestanden haben oder die aus einer bestimmten inneren Einstellung heraus den physischen Abwehrkampf ablehnten. Es ist nicht zu vergessen, daß für die äußere und innere Festigung der christlichen Gewerkschaftsbewegung die Volksfront ihre Verdienste hat. Das geht aus Schreiben unserer Angestellten hervor, daß zum Ausdruck bringen, daß nunmehr Organisierte und vor allem Unorganisierte zu den Gewerkschaftsbüros kommen, um entweder das Volksfrontabzeichen zu erwerben oder aber sich über den Charakter der Volksfront zu orientieren. Die christliche Arbeiterschaft hätte sich auch wirklich einer Nachlässigkeit schuldig gemacht, hätte sie nicht in dem Symbolkampf der letzten Monate auch ein für sie wirkungsvolles Abzeichen gezeigt.

Der innere Wert der Volksfrontbewegung liegt ganz bestimmt in der Tatsache, daß die Mitglieder der einzelnen Berufsverbände stärker denn je zusammengeführt werden, sich gegenseitig kennen lernen und auch das gemeinsame Ziel der Arbeiterschaft, die notwendige Verteilung ihrer Lebensrechte, begreifen. Pflicht jedes einzelnen müßte es sein, diese guten Eigenschaften der Volksfrontbewegung noch weiter zu festigen, dann wird die christliche Arbeiterschaft die ruhige und energiegelade Haltung einnehmen können, die uns unser Bild zeigt. F. M.



frage: „Die Auswirkungen der letzten Notverordnung in sozialpolitischer Hinsicht“. Die programmatische Erklärung der Reichsregierung wende sich mit scharfen Worten gegen die sozialistische Klassenkampfbildung. Man dürfe aber nicht vergessen, daß die Klassenkampfbildung, welche der Kapitalismus, auch der deutsche, seit einem Jahrhundert betrieben hat, erst die sozialistische Klassenkampfbildung geboren habe. Das deutsche Volk litt bereits unter gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Klassenkampfbildung, noch ehe ein Karl Marx sein berühmtes kommunistisches Manifest vom Jahre 1847 niederschrieb. Auch in der letzten Notverordnung vermischt die christliche Arbeiterschaft sozialpolitisch die gottgewollte Ordnung, welche damals durch die Regierungserklärung zugesichert wurde. Man belasse die Vermögen des Volkes sehr stark und schon den Besitz. Mit fürchterlicher Schärfe wicke sich die Salzsteuer aus, ebenso unsoziale Särten bringe die Notverordnung auch in der Umsatzsteuer. Die letzte Regierung wollte die Umsätze unter 5000 RM. ganz davon befreien. Die neue Notverordnung erlasse auch die kleinsten Umsätze wieder. Gleich ungerecht und unsozial sei die Einführung der heutigen Arbeitslosenrente. Es bezahle Arbeiter und Angestellte zur Witte und Arbeitslosenhilfe bei einem Einkommen von 350 RM. 18,12 RM., Beamte dagegen bei demselben Einkommen 5,25 RM., freie Veranlagte gar nur 3,50 RM. Erschütternd seien die Auswirkungen der letzten Notverordnung in der Arbeitslosenversicherung. Die Versicherung sei zur Kürzungsdegradiert, denn schon nach sechs Wochen sehe die Bedürftigkeitprüfung ein. Nach den Stichproben, welche die Gewerkschaften durchgeführt haben, sehen die Leistungen wie folgt aus: Alte Sätze 25,50, 18,90 bzw. 8,80 RM., neue Sätze 12,30, 9,90 bzw. 2,- RM., Rürzung 50, 48 bzw. 77 v. S. Ebenfalls Kürzungen zeige die Krifenunterstützung: Alter Satz 9,45 bzw. 6,60 RM., neuer Satz 5,- bzw. 3,- RM., Rürzung 47 bzw. 54,5 v. S. Sehr stark gekürzt seien auch die Renten der Sozialversicherung, so die Invalidenrenten um 6,- RM., Unfallrenten um 7,5 bis 15 v. S., die Witwenrenten um 5,- RM. und die Waisenrenten um 4,- RM. Es gehe heute nicht bloß um einige Pfennige Lohn oder Unterstüngen; es gehe heute um die sozialpolitischen und gesellschaftlichen Rechte der deutschen Arbeiterschaft. Die Tarifhindernisse und der geforderte Lohnabbau in der sächsischen Textilindustrie habe letzten Endes diese Bestrebungen im Hintergrund. Dies abzumehren sei nur möglich durch eine gut fundierte Gewerkschaftsbewegung. Die christliche Arbeiterschaft lehne es ab, in Zukunft wieder das Schicksal in unserer Wirtschaft zu sein. Die christliche Arbeiterschaft erkenne, daß man unter dem Deckmantel des Schlagwortes „Kampf dem Marxismus“ die gesellschaftlichen und sozialpolitischen Rechte der deutschen Arbeiterschaft beseitigen wolle. Die christliche Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften hätten wirtschaftlich und weltanschaulich den Marxismus in schärfster Form bekämpft, noch ehe alle anderen Kreise und auch ein Nationalsozialismus dieses Schlagwort prägen. Sie forderten nach wie vor Gleichachtung, Gleichberechtigung und Gleichwertung in Volk, Staat und Wirtschaft. — Diese von tiefstem Verantwortungsbewußtsein getragenen Ausführungen fanden ungeteilte Zustimmung der Versammlung. Im Anschluß daran entwickelte sich eine allgemeine lebhaft ausgeprägte über die unverständlichen Lohnabbauforderungen des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Textilindustrie. Diese Forderungen fanden einmütig-entusiastische Ablehnung.

## Buchbesprechung.

„Mutter Erde.“ Soziale Dichtung, bearbeitet von Hans Ballhausen. Preis RM. 0,30 gegen Voreinsendung. Werkjugendverlag, Köln, Odenkirchenerstr. 26.

Die Industrie gab den Vätern Arbeit und Brot. Sie hat die Großstädte aus dem Boden gestampft und ihr Reich aufgerichtet auf zerstörter Landschaft. Sie hat viele Tausende aus unseren Reihen gezwungen, in Mietskasernen und Kolonien aufzuwachen. Sie hat uns von der Natur, von der mütterlichen Erde entfremdet. Im Herzen aber grünte das zarte Krütlein der Sehnsucht. Seimweh trieb uns ins Land hinaus. Jubelnd empfanden wir ihre erneuernde Kraft im flüßdurchrauschten Tal, im vogelbedurchflügten Wald. Von den Bergen saugten wir unsere Freude zu Tal. Feurige Blitze umzuckten uns, unter sengender Sonne und kühlen Sternen fühlten wir uns als Kinder der allliebenden Mutter.

Diese Kraft darf nicht untergehen. Sie stößt das Gift der Städte aus unseren Lungen, sie hilft uns den schweren Werktag bestehen. Auch im rauchenden Industriezeitalter haben Dichter diesem Seimweh und Jubel Stimmen gegeben. Die schönsten Gedichte sammelte das vorliegende Bändchen. Sie sollen dabei in unserem Ohr klingen und Echo wecken in der Seele. Wenn sie uns auf der Fahrt begleiten neben Wanderkarte und Werkgefang, werden sie uns Gottes Wunderwelt tiefer erschließen.

„Bols auf dem Lande.“ Bearbeitet von Hans Ballhausen und Ferdinand Göbel. Preis RM. 0,30 gegen Voreinsendung. Werkjugendverlag Köln, Odenkirchenerstr. 26.

Wir wissen es: nur härteste Arbeit kann uns wieder hochbringen. Aus überfüllten Städten schaut man auf weite dünn besiedelte Landschaften. Eine Umkehr muß einsehen: zurück von der Stadt aufs Land. Wer an den Bodenwerten festhält, wer sie neu erschließen lernt, der kann die Notdurft zudecken, den Hunger stillen.

Wir sehen wieder das Land. Ein Verlangen wird nach nach der geschmähten Arbeit. Wir spüren verborgene Schätze. Aber wir träumen nicht mehr. Jaghaft heimt die Hoffnung auf ein karges, aber ehliches Stück Brot.

Die Dichtungen des Lebensogens erzählen von dieser harten Welt. Von Bauerntum, Knecht und Magdium, von Müß und Schweiß, von Bauernsonntag und Glaube. Eine Sammlung heranger Landfrucht, geistiges Bauernbrot, geschaffen von den besten Dichtern und Kennern des Landes. Sie gehört in die Hände der städtischen und ländlichen Jugend, ihrer Lehrer und Führer. Aus ihr können sich Kraft und Rat holen alle, die mit den Weiten unseres Volkes glauben: „Die Bauernarbeit macht dich groß“.

## † Sterbetafel †

Willy Lange, B.-Barmen, 41 J. — Schwester Hilde, Niederortel, 31 J. — Eugen Weber, Bühligen, 31 J. — Willy Marx, Düren, 76 J. — Kresz. Schepkau, Augsburg, 52 J. — Vertram Kreuzenden, Düren, 65 J. — Jos. Gier, Berkaufende, 62 J. — Paul Sellmann, Barmen, 47 J. — Adolf Grohmann, Köln, 69 J. — Fern. Kopmann, Cronau, 20 J.

Ruhet in Frieden!

## Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Beschiel auf die Zukunft. — Experimente zur Wirtschaftsbildung. — Auflockerung des Tarifrechts! — Behebung der Wirtschaft durch Notverordnung? — Neue reaktionäre Pläne. — Textilarbeiterkampf gegen weiteren Lohnabbau. — Frei Volk — Frei! — Allgemeine Rundschau: Ein Hoffnungsstrahl? — Berichte aus den Ortsgruppen: Kreisfeld. — Leitersdorf. — Buchbesprechung. — Sterbetafel.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastraße 7.

## Allgemeine Rundschau

### Ein Hoffnungsstrahl?

Die Erwerbslosenzahl Ende Juli brachte 3,39 Millionen, das sind 99 000 Arbeitssuchende weniger als Mitte Juli. Das beweist nicht etwa, daß die Zahl der Erwerbslosen um so viel zurückgegangen ist, sondern illustriert im wesentlichen die Tatsache, daß die vielen Erwerbslosen, die als nicht lebensbedürftig von der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenrente nicht mehr unterstützt werden, auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr erscheinen, weil daselbst ihnen doch keine Arbeit zuweisen kann.

Dennoch ist ein kleiner Anhalt zur Besserung vorhanden. Neben der Landwirtschaft, die jahresbedingte Arbeiter einstellt, wurden auch im Bergbau, feinen Lebensmittelindustrie, einigen Teilen der Textilindustrie, im Tabakgewerbe und in der Konsumgüterindustrie Arbeiter angefordert. In der Verschlechterung der Eisen- und Metallindustrie ist ein Stillstand eingetreten und in der weiterverarbeitenden Metallindustrie sogar eine kleine Besserung.

Die Berliner Handelsgesellschaft sprach dieser Tage von einem „Anlauf zu bescheidenem Optimismus in den internationalen Bessersymptomen“. Die Konjunkturrisiken hätten durch die freundlichere Stimmung der letzten Woche eine beträchtliche Korrektur erfahren. Auch die Rohstoffmärkte seien in einer günstigeren Verfassung. Das international kurzfristig gebundene Geld stelle eine Vertriebsstärker dar, wie sie in den beiden letzten Jahren kaum zur Verfügung gestanden hätte. Die zunehmende Anlagebereitschaft dieses Kapitals stelle nach Felix Somary einen wichtigen Drehfaktor der Krise dar.

## Berichte aus den Ortsgruppen

Kreisfeld. Kränchen in Rot! — Das war das Lozungswort, unter dem die Protestversammlung unserer Ortsgruppe stand. Mit begründeten Besorgnissen der Besorgende Alpa über die sehr gut besetzte Versammlung. Schon er wies in seinen einleitenden Worten auf den Zweck dieser Versammlung hin, die einen tieferen Einblick geben soll in die Auswirkungen der Papenschen Notverordnung, besonders für unsere Arbeiterschaft. Der Zweck dieser Versammlung ist es, die einzelnen Ausführungen vorzutragen und sie weiter zu klären. Die Teilnehmer über dieses Thema. Er behandelte dabei insbesondere Einzelheiten der in der Arbeitslosenversicherung eingetragenen Änderungen, deren finanzielle Auswirkungen für die Unterstüngenempfangen mit einem reichen Zahlenmaterial — einer Gliederung — belegt werden konnten. Besonders erwähnt sei dabei die jeweilige Not, die sich kann in Worte fassen und in Zahlen niederschreiben. Aus seinen Ausführungen blanz das Versprechen der Organisation, daß gerade diesem Teil unserer Mitglieder unsere ganze aufopfernde Sorge in den kommenden Monaten geboten wird.

In dieser Kritik nahen er zu den vom Reichsminister angeordneten Plänen einer Wirtschaftsbildung Stellung. Der

Zweck dieser Pläne sind neue Lasten, gerade wieder von der Arbeiterschaft zu verlangen. Zehlich bedeutet dieser Weg aber nicht eine Konjunktursteigerung, sondern lediglich eine Konjunkturbelebend, kann somit keine wirkliche und echte Wirtschaftsbildung zur Folge haben. Redner hob zum Schluß die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation hervor und betonte die Notwendigkeit regster Kräftigung in diesem Kampf um die elementarsten Lebensrechte der Arbeiterschaft.

In der folgenden Aussprache erfuhr die Ausführungen des Referenten durch einzelne Schilderungen jahrelanger arbeitsloser Mitglieder wertvolle Ergänzungen. Aber auch hier blanz immer wieder hindurch die Treue zur Organisation und die Erkenntnis, daß sie heute der Arbeiterschaft letztes Bollwerk sei.

Der Wille der Versammlung fand in nachfolgender, einstimmig angenommener Entschließung ihren Niederschlag:

### Entschließung.

Die am 31. August zu einer Protestkundgebung versammelten Mitglieder der Ortsgruppe Kreisfeld im Zentralverband christlicher Textilarbeiter erheben scharfen Protest gegen jegliche Verschlechterung in der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Sie fordern die sofortige Beilegung der drückendsten Härten in der Arbeitslosenversicherung durch Aufhebung der letzten Notverordnung. Diese Änderungen haben katastrophale Wirkungen gezeitigt. Das gilt besonders für die jeweilige Lebensbedürfnisse außerordentlich bedürftigsten Kreise. Die Arbeiterschaft ist empört und erbittert darüber, daß auch hier für sie gegenüber anderen Volksschichten mit zweierlei Maß gemessen wird. Ganz entsetzt den lehnt sie es aber ab, daß das gegenwärtige traurige Los unserer Arbeitslosen das Schicksal der gesamten Arbeiterschaft werden soll. Aus diesem Grunde bringt sie dem neuen Programm der Reichsregierung zur Behebung der Wirtschaft allergrößtes Mißtrauen entgegen. Das gilt besonders hinsichtlich der darin enthaltenen Pläne über die Tarifpolitik und Abhängigkeit der Löhne. Eine Wirtschaftsbildung auf Kosten der heute schon um die nackte Lebenshaltung ringenden Arbeiterschaft durchzuführen, ist ein Trugschluß, der lediglich zu einer weiteren Krisenverschärfung führen muß.

Die Versammlung richtet an alle maßgebenden Stellen den dringlichsten Appell, alles zu tun, um das Wirtschaftswunder der letzter Pläne im Interesse der Arbeiterschaft und nicht zuletzt der Wirtschaft selbst zu verhindern. Die Versammlung stellt sich in diesem Abwehrkampf in vollster Einmütigkeit hinter ihre gewerkschaftliche Organisation.

Der Besorgende schloß hierauf mit einem nochmaligen Appell zu treuer Solidarität in der gewerkschaftlichen Organisation die in allen Teilen anregend verlaufene Versammlung.

Leitersdorf. Unsere Ortsgruppe hielt in Hinters Gollhof eine sehr gelungene Versammlung ab. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Fragen erteilte der Vorsitzende A. Lang folgende Beschlüsse: Jülich, das Wort zu seinem Vor-